

Dr. Wolfgang Gerhardt MdB

Juli 2010

### **Was jetzt zu tun ist!**

Wir stehen vor unterregulierten Finanzmärkten und überforderten Staaten. Die Maßnahmen des Eurorettungsschirms sind ein Zeitgewinn nach einer Schockwirkung, die uns vor Augen geführt hat, dass auch alles anders kommen kann. Wir müssen in der Folge unsere Haushalte in Ordnung bringen, den Stabilitätspakt neu stärken, neue Verfahren für Sanktionen, die über die bisherigen Vertrauenslösungen hinausgehen, schaffen, eine Insolvenzordnung für Staaten vorsehen und die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank sichern bzw. wieder herstellen. Der jetzige Rettungsschirm darf kein Schritt in eine irreversible Transferunion sein. Die Schwächen in ordnungspolitischer Klarheit in der gegenwärtigen Situation dürfen nicht anhalten. Es muss schnell wieder Orientierung gegeben werden. Aber: Weder bessere Regulierung noch klarere Spielregeln werden etwas nützen, wenn nicht die Integrität des eigenen Handelns in den Märkten wieder stärker beachtet wird. Es muss deshalb niemand als Heiliger leben, menschliches Maß genügt schon.

Europa darf nicht weiter ein Elitenprojekt bleiben. Die Macher dürfen die Mitmacher nicht vergessen. Offenbar ist es bisher den Befürwortern Europas nicht gelungen, den Bürgern deutlich zu machen, dass die Europäische Union mit dem gemeinsamen Markt im Prozess der Globalisierung eine Chance für die Selbstbehauptung Europas ist. Europa hat großes wirtschaftliches und politisches Potential, aber Europa fehlt es an einer kritischen Masse von Europäern. Die jetzige Situation erzwingt deshalb eine längst fällige Debatte über Europa selbst, seine Ziele und Spielregeln. Deutschland hat dabei Führungsverantwortung, es kann sich seinen Möglichkeiten nicht entziehen.

Vieles entscheidet sich im Brennpunkt von Steuer-, Finanz- und Haushaltspolitik. Noch einmal zur Erinnerung: CDU/CSU und FDP haben vereinbart, im Rahmen einer Steuerstrukturreform den Einkommenssteuertarif zu einem Stufentarif umzugestalten. Wir wollen, so steht es in der Koalitionsvereinbarung, „eine steuerliche Entlastung, insbesondere für die unteren und mittleren Einkommensbereiche sowie für die Familien mit Kindern im Gesamtvolumen von 24 Milliarden Euro im Laufe der Legislaturperiode umsetzen. Wir werden insbesondere die unteren und mittleren Einkommensbezieher vorrangig entlasten und gleichzeitig den Mittelstandsbauch abflachen, indem wir den Einkommenssteuertarif zu einem Stufensteuertarif umbauen.“ Das ist der originale Text der Koalitionsvereinbarung zur Steuerpolitik.

„Der Weg in die Einheitskasse und ein staatlich zentralistisches Gesundheitssystem sind der falsche Weg, um die zukünftigen Herausforderungen bürgernah zu bewältigen. Langfristig wird das bestehende Ausgleichssystem überführt in eine Ordnung mit mehr Beitragsautonomie, regionalen Differenzierungsmöglichkeiten und einkommensunabhängigen Arbeitnehmerbeiträgen, die sozial ausgeglichen werden.“ So lautet die Koalitionsvereinbarung zur Gesundheitspolitik.

Die Systeme der pauschalen Abbuchung, der undifferenzierten Zuteilung und der nebulösen Kostenentwicklung in den Sicherungssystemen müssen reformiert werden. Eine Politik, die seit Jahren zur Unterstützung wackliger Systeme immer nur nach neuen Geldquellen sucht, muss beendet werden. Nicht nur die Empfänger, auch die Zahler haben einen Gerechtigkeitsanspruch, nämlich auf effektive Verwendung ihrer Beiträge. Der Einstieg in Zusatzbeiträge mit sozialem Ausgleich, der jetzt erfolgt, ist sozialer als das bisherige System, denn er veranlasst alle zur Solidarität und nicht nur die unteren Einkommen. Er stärkt Finanzautonomie und Wettbewerb der Kassen.

Hinsichtlich der Finanz-, Steuer- und Haushaltspolitik kann nicht ein Baustein aus der Gesamtanstrengung zur Konsolidierung, nämlich eine transparentere Steuerreform und insbesondere die Entlastung der mittleren Einkommensbezieher, sozusagen durch Erklärung der Bundeskanzlerin weggewischt werden. Die mittleren Einkommen werden im Steuersystem besonders ungerecht behandelt. Schon aus diesem Grund, ganz zu schweigen von notwendigen Impulsgründen für die wirtschaftlichen Wachstumsraten, ist eine Entlastung notwendig. Wie sagten schon Schröder und Blair: „Der größte Teil des Einkommens muss in den Taschen derer verbleiben, die dafür gearbeitet haben.“

Der Spitzensteuersatz beginnt bei rund 52.000 Euro. Da wird nicht jeden Tag Champagner getrunken. Für jede mittelständische Personengesellschaft ist die Einkommensteuer die betriebliche Steuer. In ihr haftet mit persönlichem Risiko der Eigentümer und nicht ein angestellter Manager ohne persönliches Risiko. Wer mehr Arbeits- und Ausbildungsplätze will, sollte nicht gerade die zusätzlich belasten, die sie mehrheitlich schaffen. Und das in einer Zeit, in der die Banken in der Kreditvergabe gegenüber dem Mittelstand nicht gerade überschwänglich sind. 100.000 Arbeitsplätze, angetreten von bisherigen Hartz-IV-Empfängern, bringen 2 Mrd. Euro staatliche Mehreinnahmen. Eine solche Beschäftigungsdynamik für staatliche Mehreinnahmen ist sozialer als jede Steuererhöhung. Etwas mehr Kenntnis einfacher ökonomischer Zusammenhänge täte vielen im Lande Ludwig Erhards gut.

Politik braucht auch eine unverzichtbare policy making power, und sie muss sich einen hinreichenden Spielraum eigenen Disponierens schaffen. Veränderungen rufen, wie immer, Widerstände hervor, aber wer davor in die Knie geht, hat schon verloren. Es entfaltet sich gegenwärtig, wie nicht anders zu erwarten, eine heftige politische Diskussion über das Sparen. Denn alle, die sich Sparen wünschen, die Sparen jetzt für vordringlich und unverzichtbar halten, sind schnell bei der Hand, wenn es dann ernst wird, von Kahlschlag zu sprechen. Viele Stellungnahmen von Gerechtigkeitsrhetorikern hätte man schon vorher

texten können. Das Sparkonzept liegt jetzt vor. Es ist mutig, und in den Volumina von 11 Mrd. als Umfang der Sparanstrengung sollten wir nicht abweichen, eher sollten wir den Mut haben, mehr zu unternehmen und für ergebnisorientierte Änderungsvorschläge in Einzelfällen offen bleiben.

Die Welt der Zukunft ist eine Welt des Lernens. Lernen ist der entscheidende Nachhaltigkeitsfaktor: Wirtschaftlich, kulturell, sozial und politisch. Die Steigerung der Bildungsausgaben allein reicht dabei nicht aus. Auch nicht mehr Unterricht, neue Lehrpläne oder Qualitätsprogramme, eben so wenig die Zuständigkeitsdiskussionen zwischen Bund und Ländern und auch nicht ein Zentralabitur. Es geht nicht um laute Innovationsgeräusche, wie mancher Bildungsgipfel sie erzeugt. Es geht um Kompetenzen. Gefordert sind dabei vor allem Lehrer und Elternhäuser. Es geht um die Art und Weise, wie Wissen in der Schule vermittelt wird, aber auch wie Haltung, Werte und Einstellungen im familiären Umfeld vorgelebt werden. Es geht um Kultur des Lernens und den Willen zum Lernen.

Die Schule kann nicht alles. Sie kann das Elternhaus nicht ersetzen. Das Grundgesetz gibt zwar völlig zu Recht den Eltern das Recht auf Erziehung ihrer Kinder, Rechte korrespondieren aber auch immer mit Pflichten. Kinder brauchen eine anregungsfreundliche Umgebung, man kann ihnen nicht kündigen.

Frühkindliche Bildung und Erziehung und das Wohlergehen von Kindern sind der Angelpunkt und der Beginn einer neuen Sozialpolitik. Sie muss Ausgrenzungen verhindern, die Kinder um Lebenschancen bringen. Die alte Sozialpolitik der etatistischen Zuteilung sowie der Reparatur muss umgewandelt werden in Aktivierung von Aufstiegschancen. Es geht um Chancengerechtigkeit, den Aufbau von menschlichen Fähigkeiten als Grundlage des Selbstvertrauens von Menschen. Deren Chancen werden verpasst, wenn nicht gleich am Beginn des Lebens die Grundlagen gelegt werden. Die Bildungspolitik

muss Ausgangspunkt einer modernen Sozialpolitik der Teilhabegerechtigkeit werden, und sie sollte früh ansetzen: Kinder sind die größte Innovation. Wir verlieren zu viele Potentiale zwischen Geburt und Schule.

Es gibt an vielen Stellen unserer Gesellschaft mangelndes Selbstvertrauen, Angst vor dem Verlust gewohnter Wohlstandsgarantien und den Zumutungen der Moderne und den Mühen des Alltags. Und es gibt immer wieder verführerische Angebote deren freiheitsgefährdendes Potential nicht auf Anhieb zu erkennen ist. Es gibt leider sehr viele Menschen, die sich gerne an einem Leitseil führen lassen.

Dahrendorf beschrieb so präzise wie kein anderer solche Leitseile in den totalitären Heimsuchungen des Nationalsozialismus in Bindung und Führung und des Stalinismus in Bindung und Hoffnung, die Freiheit vernichteten und Millionen von Menschen das Leben kosteten. Dahrendorf wusste, dass eine freie Gesellschaft dafür anfällig ist, aber er sagt, es mache sie deshalb nicht falsch. Wir müssen allerdings moderne Freiheit als Freiheit in der Bürgergesellschaft neu bestimmen und sie verankern.

Das Nachdenken über Freiheit darf seinen politischen Kern – die Freiheit von Unterdrückung und Verfolgung, die Freiheit der liberalen Demokratie – nie aufgeben. Aber man muss die auf den privaten Schutz und die persönliche Unabhängigkeit des einzelnen abzielende Freiheit auch als Freiheit in der Gemeinschaft entwerfen. Es gilt, Freiheit und Bürgergesellschaft mehr als bisher in Verbindung zueinander zu bringen. Die Verwirklichung von Freiheit in der Bürgergesellschaft zielt nicht auf eine reine Sphäre der individuellen ökonomischen Zwecktätigkeit oder einen entpolitisierten Raum der hedonistischen Selbstverwirklichung oder eine Überdehnung der Freiheit im Namen der Freiheit. Freiheit in der Bürgergesellschaft konstituiert sich im Spannungsfeld von „Optionen“ und „Ligaturen“ (Ralf Dahrendorf), von individuellen Chancen und sozialen Bindungen und Verpflichtungen.

Ohne soziale Verpflichtungen, ohne den Bezug auf die Freiheit der anderen und die Freiheit in Gemeinschaft, zerfällt eine „freie“ Gesellschaft. „Menschen sind soziale Wesen. Sie können sich selbst nicht bestimmen ohne Bezug zu anderen. Sie können ihre Absichten nicht verfolgen ohne die Begleitung von anderen. Sie können die Welt nicht kultivieren ohne und für andere.“ (Dahrendorf)

Freiheit ist deshalb nie ein „cold project“, sondern der zeitgemäße politische Kern einer Bürgergesellschaft. Ein programmatischer Entwurf der FDP muss darauf hinaus. Es geht um aktive freiheitliche Politik zur Verbesserung von Lebenschancen von Menschen.

Impulse geben und glaubwürdig durchhalten, für Wachstum und Arbeitsplätze sparen und gleichzeitig Transparenz in das Steuersystem bringen, die sozialen Sicherungssysteme wetterfest zu machen, eine Technologie erreichen, die die erneuerbaren Energien so nutzt, dass ihre Nutzenergie in der richtigen Menge am richtigen Ort zur richtigen Zeit verfügbar ist, Finanzmarktregeln und europäische Verfahren neu zu entwerfen, frühkindliche Bildung nach vorne zu bringen und Freiheit in der Bürgergesellschaft zu beschreiben und lebenswert zu machen, darum und um vieles mehr geht es. Die Koalition aus CDU/CSU und FDP kann Solidarität erwarten. Sie muss aber selbst auch Solidarität nach unten ausstrahlen, in Loyalität zu den Themen und Zielen ihrer eigenen Vereinbarung.

Bisher bleibt sie unter ihren Möglichkeiten und Potentialen. Sie unterfordert unsere Gesellschaft. Es wird Zeit ein Bewusstsein für die neuen Herausforderungen zu entwickeln, eine Haltung zu deren Bewältigung einzunehmen, eine den Aufgaben entsprechende öffentliche Meinung herzustellen und so das gesellschaftliche Klima zu prägen.